

Haushaltsrede 2017

Horst Strümann, Dr. Stefan Müller, Eberhard Landes



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hertwig,
sehr geehrte Frau Baubürgermeisterin Dr. Mösel,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Die regionale Industrie ist in bester Laune“, „Hoffnungsvoller Blick nach Neckarsulm“, so lauteten jüngst Artikel-Überschriften in der Heilbronner Stimme, in der die Stadt Neckarsulm wirtschaftlich nach wie vor als die „tragende Säule des Landkreises Heilbronn“ bezeichnet wird. Trotz aller finanziellen Einbrüche in jüngster Zeit steht Neckarsulm vergleichsweise immer noch sehr gut da. Der Branchenmix und die Erweiterung von Lidl international geben Anlass zur Hoffnung, dass die finanziellen Ausfälle, bedingt durch die weiter schwelende Krise bei Audi und den Wegzug von Lidl Deutschland zum Teil aufgefangen werden können. Die Haushaltszahlen für 2017 fallen positiver aus, als zunächst befürchtet.

Dass dennoch weiterhin die dringende Notwendigkeit zu Sparsamkeit und Nachhaltigkeit besteht, wird von keinem der hier Anwesenden in Frage gestellt. Strittig ist allerdings, wie und mit welchen Schwerpunkten wir dies tun.

Neckarsulm ist keine Insel und nicht nur wirtschaftlich eng mit den Entwicklungen in der Welt verknüpft:

Das vergangene Jahr hat in Europa und weltweit viele Veränderungen mit sich gebracht: dabei erfüllt uns insbesondere das Erstarken extrem rechter, populistischer und nationalistischer Kräfte mit großer Sorge! Länder wie Polen, Ungarn, die Türkei, die USA - sie alle wollen, jeder für sich, „wieder ganz vorne stehen“. In einer paradoxen Art und Weise vereinen sich Nationalisten vieler Länder scheinbar in ihren Interessen. Offensichtlich haben viele vergessen oder wollen nicht wissen, in welche Katastrophen ein solches Denken münden kann.

Welche Veränderungen stehen Europa 2017 bevor? Die Briten bereiten das Verlassen der Europäischen Union vor, in Holland und Frankreich führen derzeit die nationalen Kräfte die Meinungsumfragen an, und auch in Deutschland sind reaktionäre und populistische Strömungen wieder erwacht. Die Einheit Europas, die uns in den vergangenen 70 Jahren anhaltenden Frieden beschert hat, ist in Gefahr!

Es stellt sich die Frage, warum so viele Leute auf diese populistischen, reaktionären Parolen hereinfliegen.

Die Ursachen hierfür sind vielschichtig: Sie liegen einerseits in einer großen Angst vor Überfremdung, andererseits auch in einer Sehnsucht nach der Überschaubarkeit und vermeintlichen Einfachheit und Stärke längst vergangener Tage. Die Globalisierung in ihrem Tempo und ihrer Komplexität scheint viele Menschen zu überfordern.

Gründe für das Erstarken reaktionärer Kräfte liegen aber auch in der zunehmenden Ungerechtigkeit der Verteilung der Besitztümer.

In ihrem jüngsten Bericht weist die Entwicklungsorganisation OXFAM auf die auch in Deutschland immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich hin, was einen nicht geringen Anteil des Wahlerfolges der rechten Kräfte in jüngerer Zeit ausmacht.

Was haben wir als Kommune damit zu tun?

Natürlich müssen viele Entscheidungen, die eine gerechtere Güterverteilung betreffen, an anderer politischer Stelle, in Land und Bund, getroffen werden.

Dennoch gibt es auch Entscheidungen unserer Kommune, die auf solche Dinge Einfluss haben und die eine gewisse Politikverdrossenheit bewirken können.

So sehen wir z.B. in der weiterhin nicht korrigierten und aus unserer Sicht unsozialen jährlichen Anhebung der **Kitagebühren** eine Wirkung in diese Richtung. Gemäß des vereinbarten Gemeinderatsbeschlusses werden wir in wenigen Jahren so weit sein, dass eine Familie für ein Kind in der Kita bis zu 650 € monatlich aufbringen muss und zwar ungeachtet ihres monatlichen Einkommens. Auch hierdurch besteht die Gefahr, dass sich Teile der Bevölkerung abgehängt und unverstanden fühlen.

Die bisherige Vernachlässigung des **sozialen Wohnungsbaus** ist ein weiteres Thema der Benachteiligung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir einerseits ausdrücklich die in jüngster Vergangenheit getroffenen Entscheidungen zur Schaffung weiteren Wohnraums in der Innenstadt, in Amorbach und in Dahenfeld, aber wir sollten andererseits dabei beachten, dass wir auch hier anteilig genügend bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Auch in Obereisesheim bestehen noch etliche Entwicklungsmöglichkeiten, und wir möchten an dieser Stelle besonders daran erinnern, unter anderem den Obereisesheimer Ortskern nicht aus dem Sichtfeld zu verlieren!

Auch der kürzlich von der Verwaltung gemachte Vorschlag, von städtischer Seite her als Mieter für leer stehende Wohnungen aufzutreten, wird unsererseits ausdrücklich begrüßt, verbunden mit der Aufforderung an möglichst viele Bürger, mit Aussicht auf diese sichere Mieteinnahmequelle, leer stehenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Etliche Aufgaben, die teils beträchtliche Summen verschlingen werden, liegen jetzt vor uns: Neubau der Kita Pichterichstraße, Erweiterung und Umbau weiterer Kitas, die Generalsanierung und Erweiterung der Hermann Greiner Realschule, die Erweiterung der Grundschule Amorbach, Brandschutzsanierungen und Umbauarbeiten in weiteren Schulen, Bau von Flüchtlingsunterkünften, Investitionen in das Aquatoll - für welchen Plan auch immer man sich entscheidet -, der Hochwasserschutz, Straßensanierungen und vieles mehr. Dies alles wird unsere Kommune viel Kraft und noch mehr Geld kosten und unsere Rücklage weiter schrumpfen lassen.

Erstmals seit langer Zeit sind wieder **Kreditaufnahmen** geplant. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn die entsprechenden Ausgaben sinnvoll und gerechtfertigt sind.

In Anbetracht der oben genannten kostenintensiven Projekte sehen wir die veranschlagten Ausgaben für das Giga-Projekt **B27-Anschluss** mit allergrößter Sorge: 38 Millionen €, von denen die Stadt, augenblicklichen Berechnungen zufolge 21 Millionen € schultern muss, sind bei dem zu erwartenden Effekt, der letztlich nur aus einer Verlagerung des Staus bestehen kann, eine unverantwortliche Belastung einerseits des Steuersäckels, andererseits der Umwelt und der Lebensqualität unserer Kommune.

Neckarsulm hat bekanntermaßen auf relativ kleiner Fläche 26.000 Einwohner und 36.000 Arbeitsplätze mit zu erwartender steigender Tendenz von zusätzlich vier- bis fünftausend. Die Zahl der Pendler ist groß. Wir sind uns der Verkehrsprobleme wohl bewusst, meinen aber, dass sie anders angegangen werden müssen. Nicht berücksichtigt im bisherigen Konzept wurde beispielsweise die genaue Analyse der Frage: Wer fährt wann von wo wohin?

Wir begrüßen daher ausdrücklich, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Ihre Bereitschaft zur Erstellung eines **Mobilitätskonzepts** unter Einbeziehung auch dieser Fragestellung im Austausch mit den Nachbarkommunen und den ansässigen Firmen. Darüber hinaus wertschätzen wir Ihre Bereitschaft und Initiative zur längst überfälligen ausführlichen Diskussion dieses Themas im Gemeinderat.

Dass das Verkehrsministerium eine Arbeitsgruppe zur Verkehrsplanung in der Region eingesetzt hat, ist erfreulich. Leider erfolgten diese Gespräche bislang in Anwesenheit von Verwaltung und Betrieben hinter verschlossenen Türen. Die Bürgerschaft muss hier unbedingt mit einbezogen und auch über Zwischenstände ausführlich informiert werden.

Wie bereits von uns in der vorangegangenen Gemeinderatssitzung moniert, war die Stadt mit der Erstellung des **Lärmaktionsplans** sehr im Verzug. Das entsprechende EU-Gesetz stammt ja bereits aus dem Jahr 2002.

Umso mehr begrüßen wir die jetzt zügig erfolgte Umsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Neuenstädter Straße auf 30km/h!

Weitere Maßnahmen müssen rasch folgen! Über 1500 Neckarsulmer Bürger sind anhaltend gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt!

Unsere dringende Bitte an die Verwaltung: Setzen Sie sich an den entsprechenden Stellen vehement für die zeitnahe Umsetzung entsprechender Maßnahmen von Land und Bund ein!

Bezüglich der jüngsten **Reform der baden- württembergischen Gemeinde- und Landkreisordnung** und der damit unter anderem verbundenen **Veröffentlichungspflicht für Gemeinderatsunterlagen** haben Sie, Herr Oberbürgermeister Hertwig, bereits einen ersten Schritt getan, und in den Gemeinderatssitzungen die Beratungsunterlagen zur öffentlichen Einsicht ausgelegt.

Der weitere Schritt hinsichtlich der Offenlegung von Beschlussvorlagen muss nun dringend zeitnah erfolgen: Im Interesse der Transparenz politischer Entscheidungen und dem Entgegenwirken von Politikverdrossenheit möchten wir die Verwaltung nochmals mit aller Dringlichkeit auffordern, das in anderen Kommunen schon längst praktizierte **Ratsinformationssystem** einzuführen!

Damit wird sowohl den Bürgern, als auch den Gemeinderäten der niederschwellige digitale Zugang zu den Beschlussvorlagen ermöglicht bei gleichzeitiger Einsparung von Papier-, Druck-, Verpackungs- und Versandkosten.

Zudem werden hierdurch interessierte Bürger in die Lage versetzt, bereits Tage vor den Gemeinderatssitzungen Einsicht in die Beschlussvorlagen zu nehmen und sich entsprechend zu informieren. Dies stellt einen wichtigen Beitrag dazu dar, auch komplexere und schwierigere Beschlussfassungen besser nachvollziehen zu können, und gegebenenfalls deren Akzeptanz zu erhöhen.

Sehr positiv bewerten wir auch die von Ihnen neu eingeführte Bürgersprechstunde Herr Oberbürgermeister!

Am 12. Juni jährt sich zum 200. Mal die Premiere des **Fahrrads**. Damals führte Karl Drais seine Laufmaschine in Mannheim der Öffentlichkeit vor. Das Land Baden-Württemberg nimmt dies zum Anlass, dieses Jubiläum mit vielen Veranstaltungen zu feiern.

Leider taucht unsere Zweiradstadt im Fahrradjubiläumskalender Baden-Württemberg bisher nicht auf. Falls anlässlich dieses Jubiläums nichts geplant ist, wäre es schön, wenn Neckarsulm sich doch noch mit einer kleinen Veranstaltung, einer Rundfahrt oder Ähnlichem in die Namenskette etlicher anderer Städte einreihen könnte.

Wir bedauern in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich die ablehnende Entscheidung der Mehrheit des Gemeinderates im Frühjahr 2016 zur Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen“. Wir sind weiterhin vom nutzbringenden Effekt dieser Mitgliedschaft überzeugt. Ganz abgesehen von einer zu erwartenden entspannenden Auswirkung auf unsere Verkehrsproblematik stünde einer Stadt mit einem Zweiradmuseum und einer solchen Tradition hinsichtlich des Zweirades zumindest das Bemühen um die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“ sicherlich gut zu Gesicht!

Es gab in den letzten eineinhalb Jahren kein Thema, das intensiver und kontroverser diskutiert wurde, als das der **Flüchtlinge**. Von anfänglicher Euphorie schlug spätestens nach der Silvesternacht 2015/2016 in Köln die Stimmung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern um. Es zeigte sich sehr schnell, welche Herausforderung das Thema Flüchtlinge für unsere Gesellschaft darstellt. Es offenbarte auch Probleme bei den Behörden, die durch unterschiedliche Herangehensweise in den Bundesländern und mangelnde Kooperation inhaltlich, wie auch personell überfordert waren. Hierbei haben alle einen Lernprozess durchlaufen, der längst überfällige Reformen endlich in Gang brachte.

Wir erleben diese Entwicklung ja auch hier in Neckarsulm. Für alle Beteiligten taten sich bei der Bewältigung dieser Aufgabe neue Aspekte auf, die ein beständiges Nachsteuern notwendig machte. Das konsequente Herangehen an die Thematik haben wir durch unser kommunales Handlungskonzept tragfähig ausgebaut. Größere Probleme blieben uns bisher erspart.

Die Unterbringung der Flüchtlinge im Anschluss an die Gemeinschaftsunterkunft stellte und stellt uns noch vor große Herausforderungen. Das im vergangenen Jahr beschlossene Konzept, das wegen drohender Ghattobildung von uns Grünen abgelehnt wurde, hat sich in der Zwischenzeit mehrfach überholt. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich jetzt mehrheitlich der Ansatz der dezentralen Unterbringung durchgesetzt hat.

Wir gehen davon aus, dass ein Teil der Flüchtlinge eine längere Bleibeperspektive bei uns hat. Das erfordert weitere Unterstützung hinsichtlich der Integration. Hierbei sollten wir alle Möglichkeiten durch Förderprogramme des Landes und des Bundes wahrnehmen, um die soziale Betreuung sicher zu stellen. Die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit des Freundeskreises Asyl wird uns in diesem Zusammenhang in ihrer Bedeutung erst richtig bewusst. Allen Ehrenamtliche, egal aus welcher Gruppierung, die sich hier einbringen, gebührt unser hoher Respekt, unsere Anerkennung und unser Dank.

Wir stimmen dem Haushalt 2017 der Stadt Neckarsulm zu, äußern aber unsere Bedenken hinsichtlich der B27-Investitionen.

Wir danken Ihnen, Herr Oberbürgermeister Hertwig, sowie Ihnen, Frau Bürgermeisterin Dr. Mösel, den Amtsleitern und allen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Haushaltsjahr.

Wir bedanken uns auch bei allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die konstruktiven Auseinandersetzungen.

Ebenfalls möchten wir uns bei den Vertretern der Presse für die Berichterstattung bedanken.

Horst Strümann, Dr. Stefan Müller, Eberhard Landes

Bündnis 90 / Die Grünen, 23.2.2017